

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 36.

Charlottenburg, Freitag, den 3. September 1920.

Jahrg. 47.

Der Gaulciterposten für Thüringen ist besetzt.

Aus der Reihe der Bewerber hat der Vorstand den Genossen Luislo Apel, Angestellten der Zahlstelle Berlin, als zweiten Gaulciter für Thüringen gewählt. Allen übrigen Bewerbern sagen wir besten Dank.

Der Verbandsvorstand. Georg Wollmann.

Sechste Tagung des Ausschusses des Allgemein. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Am 17. und 18. August fand eine Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin statt, die sich in erster Linie mit der durch das Kohlenabkommen von Spa akut gewordenen Frage der Uberschichten im Bergbau zu beschäftigen hatte. Seitens der Vertreter des Bergarbeiterverbandes wurde dargelegt, daß diese Frage nicht allein die Bergarbeiter angehe, sondern ihre Rückwirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft, sowohl hinsichtlich der Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter und Angestellten, als auch hinsichtlich der Arbeitszeit ausüben könne. Die Steinkohlenförderung sei von 191,6 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 116,6 Millionen Tonnen im Jahre 1919 zurückgegangen, allerdings mit einem Ausfall von 16—17 Millionen Tonnen, die auf die oberschlesischen und Saargruben entfallen, während die Braunkohlenförderung in dieser Zeit von 87,1 Millionen Tonnen auf 93,8 Millionen Tonnen gestiegen sei. Seitdem ist das Förderergebnis wieder etwas gewachsen, im Monatsdurchschnitt von 9,23 Millionen Tonnen im Februar 1919 auf 10,31 Millionen Tonnen im Februar 1920, bei Steinkohlen von 6,44 Millionen Tonnen (Februar 1919) auf 8,46 Millionen Tonnen (Februar 1920). An die Entente wurden geliefert im Mai 1920: 1 097 000 Tonnen, im Juni 1920: 1 087 000 Tonnen. Vom 1. August an müssen monatlich 2 Millionen Tonnen geliefert werden. Schon bisher konnte die Förderung nur durch Uberschichten aufrechterhalten werden. Diese müssen trotz erheblicher Einschränkungen der Kohlenbelieferung für die deutsche Industrie und den Hausbrand verlängert werden, wenn das Abkommen von Spa erfüllt werden soll.

Die Verhandlungen über die Verlängerung des Uberschichtenabkommens stehen in den nächsten Tagen bevor. Für die Arbeiterschaft, wie für die Förderung sei eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit einer Einschaltung von mehreren wöchentlichen Uberschichten vorzuziehen. Dagegen machten sich indes Widerstände anderer Gewerkschaftskreise geltend, die eine allgemeine Arbeitszeitverlängerung befürchteten. Eine Verständigung mit der Gewerkschaften sei daher notwendig.

Der Ausschuß kam nach eintägiger Aussprache über diese Angelegenheit zu folgenden Beschlüssen:

1. Der Ausschuß des A. D. G. B. befaßte sich in der Sitzung vom 17. August 1920 infolge des Spa-Abkommens mit der Kohlenversorgung, der dadurch entstandenen Notlage und der an die Bergarbeiter gerichteten Forderung nach Leistung von Uberschichten. Der Bundesausschuß bringt zum Ausdruck, daß die Steigerung der Kohlenförderung nicht durch eine dauernde Ueberarbeit der Bergarbeiter erzielt werden kann. Wenn trotzdem vorübergehend auf solchen Ausnahmismitteln gegriffen wird, so kann dies nur für eine Zeit erklärt werden, wenn sofort versucht wird, durch andere

Vorkehrungen die Kohlenförderung auf die unbedingt notwendige Höhe zu bringen. Der Bundesausschuß fordert deshalb von der Regierung, daß

- a) die Sozialisierung der Kohलगewinnung und -verteilung in Angriff genommen und spätestens im Oktober 1920 dem Reichstag ein entsprechender Gesetzesentwurf vorgelegt wird,
- b) die vor Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bestandenen Rechte der Betriebsräte nicht geschmälert, sondern erweitert werden. Diese Erweiterung der Rechte muß sich besonders auf die Kontrolle der Produktion, des Absatzes, des Selbstverbrauchs und der Preisbildung im allgemeinen wie für die Nebenbetriebe und Hüttenzechen erstrecken,
- c) die Versorgung der Bergarbeiter mit Lebensmitteln dauernd und ausreichend sichergestellt wird,
- d) die technischen Vorbedingungen zur Einführung der Sechsstundenschicht für die unterirdischen Steinkohlenbergarbeiter auf internationaler Grundlage baldigst erfüllt werden. Bis dahin ist den Bergarbeitern die jetzt tariflich vereinbarte Schichtzeit zu sichern. Etwa darüber hinausgehende notwendige Arbeit ist als Uberschicht oder Ueberstunde zu bewerten und zu bezahlen.

An zweiter Stelle stimmte der Ausschuß der Einberufung des Ersten Kongresses der Betriebsräte Deutschlands, dem dafür aufgestellten Vertretungsmodus und dem zu veröffentlichenden Aufruf zu und nahm eine Information über die Streitigkeiten in Berlin zwischen den verschiedenen Betriebsrätezentralen entgegen.

Sodann beschäftigte sich der Ausschuß mit den Versuchen der Finanzbehörde, die Gewerkschaften entgegen den gesetzlichen Vorschriften zum Reichsnotopfer und zur Kapitalertragsteuer heranzuziehen. Es wurden den Vorständen eingehende Instruktionen gegeben, die Veranlagung zum Reichsnotopfer abzulehnen und gegen jeden Einzelfall der Erhebung von Kapitalertragsteuer im Beschwerdewege vorzugehen und die Rückerstattung der Beträge zu verlangen. Für letzteres soll ein einheitliches Formular ausgearbeitet und den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren wurde der Wunsch des Reichsamts für Arbeitsvermittlung nach Einreichung der vierteljährlichen Organisationsstatistik zu Kenntnis gebracht. Gegen die Absicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den diesjährigen internationalen Gewerkschaftskongreß in Brüssel abzuhalten, wurde Einspruch erhoben mit der Begründung, daß den deutschen Gewerkschaften dadurch die Teilnahme äußerst erschwert würde. Es wurde als Tagungsort Kopenhagen in Vorschlag gebracht und beschlossen, sich an einem Kongreß in Brüssel nicht zu beteiligen.

Mit der deutschen Gewerkschaftszentrale in der Tschechoslowakei ist folgende Vereinbarung getroffen worden, der der Ausschuß zustimmte:

Gegenseitigkeitsverträge zwischen den Gewerkschaften Deutschlands und den Gewerkschaften der Tschechoslowakei.

1. Die in Betracht kommenden Gewerkschaftsvorstände der beiden Länder verhandeln auf der Grundlage der bestehenden, mit den österreichischen Gewerkschaften abgeschlossenen Verträge über neue Vereinbarungen.

2. Die deutschen Gewerkschaften der Tschechoslowakei sind bestrebt, sich mit der tschechischen Landeszentrale der Tschechoslowakei über die Einsetzung eines gemeinsamen paritätischen Gewerkschaftsausschusses zu einigen, der zugleich nach außen hin als Landeszentrale der Tschechoslowakei gelten und die internationalen Gegenseitigkeitsverträge regeln soll, soweit nicht die internationalen Berufsverbände darüber selbständig bestimmen.

3. Dieser gemeinsame Ausschuss der gesamten Gewerkschaften der Tschechoslowakei soll zugleich das Verhältnis der letzteren zum Internationalen Gewerkschaftsbund regeln.

Tepliz, den 29. Juli 1920.

Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an die Mitteilung von dem Abbruch des internationalen Boykotts gegen Ungarn und an die verschiedentlich gegen die deutschen Gewerkschaften erhobenen Vorwürfe, daß sie bei der Durchführung des Boykotts versagt hätten. Dabei wurde dargelegt, daß der Boykott vom Internationalen Gewerkschaftsbund ohne vorherige Verständigung mit den in Betracht kommenden Ländern beschlossen und nicht genügend vorbereitet worden sei. Versagt hätten nicht die deutschen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaften derjenigen Länder, aus denen die für Ungarn bestimmten Erzeugnisse kamen. Eine Kontrolle des Durchgangsverkehrs sei überaus schwierig und könne ganz verhindert werden. Auch kam Deutschland für die Durchführung des Boykotts viel weniger in Frage als die an Ungarn grenzenden Länder. Aus dem verunglückten Experiment müsse die Lehre gezogen werden, ein anderes Mal sich vorher über die Erfolgsmöglichkeiten klar zu werden und solche Aktionen einheitlicher und sorgfältiger vorzubereiten.

An letzter Stelle wurde vor der Förderung deutscher Einwanderung nach Sowjetrußland gewarnt, da dort zurzeit für deutsche Industrie- wie auch Landarbeiter alle Voraussetzungen erfolgreicher Betätigung und auch nur der Fristung der karglichsten Existenz fehlen. Rußland komme gewiß für die künftige Auswanderung ganz hervorragend in Frage, aber hierfür müßten die Bedingungen und Aufnahmemöglichkeiten erst durch Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen und durch Sachverständigenausschüsse geordnet und vorbereitet werden. Ein Aufruf im „Textilarbeiter“, der den Anschluß an eine sogenannte „Deutsch-Russische Industriergewerkschaft“ empfahl, eine höchst zweifelhafte und schädliche Gründung politischer Geschäftskreise, wurde allgemein mißbilligt. Die Arbeiterschaft kann nicht entschieden genug vor solchen Auswanderungsgeellschaften gewarnt werden.

Wahlreglement für die Wahlen der Delegierten zum ersten freigewerkschaftlichen Betriebsräte-Kongreß.

Damit alle Verufe und Bezirke auf dem Kongreß vertreten sind, darf die Zahl der Delegierten nicht zu gering bemessen werden. Es sollen etwa 1100 Delegierte an dem Kongreß teilnehmen. Da die Delegierten, die in den Betrieben beschäftigt sind, auf dem Kongreß vertreten sein sollen, so müßten als Unterlage für die Verteilung der Delegierten die Ergebnisse der Betriebszählung geizen. Die letzte Zählung erfolgte 1907. Schon unter normalen Verhältnissen würden jene Zahlen nicht mehr zutreffend sein. Der Krieg hat aber eine große Veränderung der Beschäftigungsziffer in verschiedenen Industrien herbeigeführt. Die untenstehenden Tabellen werden dies erweisen. So hatte die Metallindustrie nach der Betriebszählung von 1907 1 722 000 Beschäftigte und nach der letzten Feststellung 1 808 000 Organisierte. Die Ergebnisse der Betriebszählung können somit für die Verteilung der Delegierten nicht verwendet werden. Es muß die Zahl der Organisierten, die im Juli d. J. festgestellt wurde, als Unterlage dienen, wobei für wichtige Verufe auch die Beschäftigungsziffer zu berücksichtigen ist.

Dies ist in der beiliegenden Berechnung bei den Landarbeitern und den Angestellten (Afa) geschehen. Die ersteren sollen das Recht haben, 200, die letzteren 100 zum Kongreß zu entsenden. Um den Verufen, welche die Durchschnittsziffer, die für die Entsendung eines Delegierten sich ergibt, nicht erreichen, eine Vertretung zu sichern, ist vorgesehen, daß Verufe bis zu 5000 Organisierten einen, von 5000 bis 15 000 zwei und von 15 000 bis 30 000 drei Delegierte entsenden können. Nach dieser Berechnung erhalten 19 Verbände mit zusammen 208 300 Mitgliedern 39 Delegierte. Die verbleibenden 761 Delegierten sind dann auf 30 Verbände mit zusammen 6 776 000 Mitgliedern zu verteilen, so daß auf rund 9000 Organisierte ein Delegierter entfällt. Die nach dieser Berechnung in den einzelnen Verbänden zu wählende Zahl der Delegierten weist die beiliegende Tabelle aus.

Die Delegierten müssen mindestens ein Jahr Mitglied einer dem A. D. G. B. oder der Afa angeschlossenen Organisation, Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenräte sein. Die Delegierten sind durch die Betriebs-, Arbeiter- oder Angestelltenräte ausschließlich zu wählen.

Die Zahl der Delegierten wird in den Gauen bzw. Bezirken zu teilen. Die Vorstände der Verbände, für die eine größere Zahl Delegierter vorgesehen ist, verteilen diese auf die einzelnen Bezirke oder Orte entsprechend der dort vorhandenen Mitglieder-

zahl, und die Bezirksleiter veranlassen die Wahlen durch Betriebsräte.

	I	II	III
1. Landarbeiter	4 470 779	700 000	
2. Angestellte (Afa)	1 057 780	400 000	
Künstler	—	6 000	
Choränger	—	5 000	
Film- und Kinoangehörige	14 115	12 000	
Musiker	—	45 000	
Poliere	—	10 244	
3. Bergarbeiter	612 485	486 000	
4. Asphaltreue	—	2 400	
Bauarbeiter	956 482	439 585	
Dachbeder	25 579	10 600	
Maler	114 042	52 011	
Schornsteinfeger	5 291	3 200	
Steinarbeiter	140 829	48 000	
Steinfeger	27 570	10 000	
Zimmerer	91 211	86 000	
5. Kupferschmiede	8 040	6 761	
Metallarbeiter	1 669 529	1 700 000	
Schiffszimmerer	44 686	5 106	
Maschinenisten	—	96 300	
6. Böttcher	18 818	11 800	
Glaser	13 111	4 357	
Holzarbeiter	553 641	400 832	
7. Buchbinder	85 866	82 058	
Buchdrucker	115 297	71 000	
Buchdrud.-Hilfsarbeiter	—	41 431	
Lithographen	52 499	19 200	
8. Bäcker und Konditoren	195 278	61 295	
Brauerei- u. Mühlenarb.	179 215	73 000	
Fleischer	110 204	24 327	
Tabakarbeiter	162 840	110 000	
9. Textilarbeiter	857 855	493 471	
10. Gutmacher	19 920	22 584	
Kürschner	11 291	12 144	
Schneider	864 897	157 060	
11. Lederarbeiter	59 848	34 000	
Sattler und Porzellaner	67 801	42 600	
Schuhmacher	155 405	99 790	
12. Glasarbeiter	80 879	56 465	
Porzellanarbeiter	66 414	54 025	
Töpfer	87 001	11 000	
13. Eisenbahner	852 157	500 000	
Transportarbeiter	1 022 516	559 660	
14. Gastwirtsgehilfen	167 545	66 000	
Hausangestellte	—	80 000	
Hotelangestellte	127 066	18 000	
Köche	—	6 000	
15. Fabrikarbeiter	916 582	644 087	
Friseur	43 185	12 604	
Gärtner	75 000	28 000	
Gemeindearbeiter	88 868	281 217	
Summa	15 214 170	8 084 714	

I. Verbände nach Industriegruppen geordnet.

II. Zahl der Beschäftigten nach der Betriebszählung 1907.

III. Zahl der Mitglieder der Verbände nach der Feststellung in der Sitzung des Bundesausschusses vom Juli 1920.

IV. Zahl der Delegierten für den Betriebsräte-Kongreß.

	I	II	III
1. Landarbeiter	4 470 779	700 000	
2. Angestellte	1 051 895	478 244	
3. Bergarbeiter	612 485	486 000	
4. Baugewerbe	1 861 004	651 796	
5. Metallindustrie	1 722 205	1 808 167	
6. Holzindustrie	585 065	416 489	
7. Graphisches Gewerbe	253 162	213 689	
8. Nahrungs- und Genussmittelindustrie	647 032	268 622	
9. Bekleidungsindustrie	895 478	191 788	
10. Textilindustrie	857 855	493 471	
11. Lederindustrie	282 552	159 890	
12. Keramische Gewerbe	183 794	121 490	
13. Transportgewerbe	1 374 673	1 059 660	
14. Beherberg. u. Erquickung	294 611	120 000	
15. Sonstige Gewerbe	1 121 580	965 908	
Summa	15 214 170	8 084 714	

I. Industriegruppen.

II. Zahl der Beschäftigten nach der Betriebszählung 1907.

III. Zahl der Mitglieder der Verbände nach der Feststellung in der Sitzung des Bundesausschusses vom Juli 1920.

IV. Zahl der Delegierten für den Betriebsräte-Kongreß.

Der geschäftsführende Ausschuss der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale.

Hr. Grafmann, Brunner, Dismann, Brolat, H. D. G. A. Auffhäuser, Klinge, Köppl, Afa.

Delegierte zum Betriebsräte-Kongreß, die während der des Kongresses ein Logis in Berlin besorgt haben wollen, ersucht, dieses bis zum 10. September mit dem Vermerk:

beschaffung" (auf dem Briefumschlag), an die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (A. D. G.-B.) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Berlin SO. 16, Engelauer 15 IV, schriftlich mitzuteilen.

Das Oberschiedsamt.

Streitfall Nr. 18.

Sachverhalt: Tettau wurde vom Gauschiedsamt Bayern am 12. März d. J. von Ortsklasse 2b nach 2a versetzt. Gegen diesen Spruch erhoben die Firmen Porzellanfabrik Tettau, A.-G., und Neue Porzellanfabrik, Tettau, G. m. b. H., Einspruch.

Schiedsspruch zu Nr. 18.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dir. Wiltner, Herr Regierungsrat Furbach; Arbeitnehmer: Herr Lindig, Verbandssekretär Karl.

Der Schiedsspruch des Gauschiedsamtes wird bestätigt und dahin erkannt, daß der Ort Tettau in die Ortsklasse 2a gehört.

Begründung: Das Oberschiedsamt muß nach Prüfung der gesamten Sachlage feststellen, daß es sich hier um einen Zweifelsfall handelt, in dem sehr erhebliche Bedenken möglich sind, ob die Ortsklasse 2b oder 2a die zutreffende ist. Es sprechen aber andererseits eine Reihe von ganz besonderen Ausnahmeumständen dafür, daß im Endergebnis die Entscheidung für die Ortsklasse 2a hat ausfallen müssen. Nämlich der Zusammenhang mit den benachbarten Industriebezirken von Sonneberg und Lamsbach wirkt verteuern für die Lebenshaltung für den Bezirk Tettau ein, und auch in Tettau selbst können die Lohnverhältnisse in der Glasindustrie nicht außer Betracht gelassen werden. Als Drittes kommt dazu, daß schon gegenwärtig Löhne gezahlt werden seitens der hier fraglichen Firmen der Porzellanindustrie, die die Ortsklasse 2b überschreiten und im allgemeinen der Ortsklasse 2a sich nähern. Nur mit Rücksicht auf diese Ausnahmeumstände hat das Oberschiedsamt die Ueberzeugung erlangt, daß ausnahmsweise die Ortsklasse 2a trotz der dagegen sprechenden Umstände hier angebracht ist.

Streitfall Nr. 19.

Sachverhalt: Nach § 29 des Reichstarifvertrages ist für Groß-Berlin ein Zuschlag von 20 Proz. auf alle Lohnsätze zu zahlen. Der Begriff „Groß-Berlin“ ist im Vertrage nicht klar gestellt. Durch Verhandlungen wurde zwischen den Vertragsparteien über die Streitfrage, welche Betriebe zu Groß-Berlin zu zählen sind, bis auf die beiden Betriebe in Welten eine Einigung erzielt. Unsere Kollegen in Welten wendeten sich deshalb an das Gauschiedsamt für Nord- und Ostdeutschland, welches am 18. Mai dahingehend entschied, daß Welten nicht zu Groß-Berlin zu zählen sei. In der Begründung zu diesem Spruch ist gesagt, daß augenblicklich in anderen Berufsgruppen in Welten höhere Löhne gezahlt würden, als die im Reichstarifvertrage vorgesehenen Mindestlöhne betragen, dafür stehe aber auch fest, daß für einen Teil der Arbeiter höhere Löhne gezahlt würden, als die für Klasse 1 vorgesehenen Mindestlöhne; auch könne die Behauptung nicht widerlegt werden, daß die Lohnsätze anderer Industrien in Welten andere Lohnsätze vorsehen, als für Groß-Berlin. Weil vor allem die Entlohnung der im Zeitlohn beschäftigten sonstigen Arbeiter niedriger war, wie die der Arbeiter in anderen Industrien in Welten, wurde Einspruch gegen den Spruch des Gauschiedsamtes erhoben. Das Oberschiedsamt brauchte in dieser Sache keinen Schiedsspruch zu fällen, da eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande kam.

Vereinbarung zu Nr. 19.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dr. Hartort, Herr Dr. Flohr; Arbeitnehmer: Herr Schulz, Herr Seider, Verbandssekretär Karl.

Es wurden vom Oberschiedsamt Vergleichsverhandlungen eingeleitet, nach deren Abschluß der Vertreter des Arbeitnehmerverbandes erklärte: Ich ziehe hiermit die Berufung gegen den Spruch des Gauschiedsamtes für den Verband, sowie auch für die Arbeitnehmerschaft der in Frage stehenden Betriebe zurück.

Vereinbarung.

Die Firmen Glo-Vertrieb, Fißl & Co., und Steingutfabriken Welten-Bordamm, G. m. b. H., beide in Welten, sind bereit, die in diesen Betrieben beschäftigten sonstigen männlichen Arbeiter im Zeitlohn nach denselben Lohnsätzen zu bezahlen, wie sie für die sonstigen im Zeitlohn beschäftigten männlichen Arbeiter in den Ofenfabriken Welten vereinbart sind. Die Vereinbarung gilt ab 1. Juli 1920.

Steingutfabriken Welten-Bordamm: gez.: Dr. H. Hartort.
Glo-Vertrieb: gez.: Ernst Seider. A. D. G. B. der deutschen Industrie: gez.: Dr. Flohr. Für den Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen: gez.: A. Karl.

Streitfall Nr. 20.

Sachverhalt: Unsere bei der Firma Porzellanfabrik Alexandrinenthal beschäftigten Mitglieder (es kommen hauptsächlich die Orte Münchroden, Einberg und Oeslau in Betracht) beantragten die Versetzung von Ortsklasse 2b und 2a. Das Gauschiedsamt für Thüringen fällt in der Sitzung am 15. Juni d. J. einen dem Antrage entsprechenden Schiedsspruch, gegen welchen die Firma beim Oberschiedsamt Einspruch erhob.

Schiedsspruch zu Nr. 20.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dr. Flohr; Arbeitnehmer: Herr Bergner, Verbandssekretär Karl.

Der Schiedsspruch des Gauschiedsamtes wird aufgehoben und dahin erkannt, daß Alexandrinenthal in der Ortsklasse 2b zu verbleiben hat.

Begründung: Nach dem Ergebnis der Verhandlungen, sowie auf Grund eigener Erfahrungen, hat das Oberschiedsamt festgestellt, daß Alexandrinenthal mit Rücksicht auf die Gesamtheit der für die Lebenshaltung maßgebenden Umstände keine derartige Teuerung aufweist, die eine Versetzung nach Ortsklasse 2a rechtfertigen würde. Vielmehr erscheint sein Verbleiben in Ortsklasse 2b insbesondere mit Rücksicht auf den überwiegend ländlichen Charakter der fraglichen Gegend gerechtfertigt und weiter auch im Hinblick darauf, daß die hier noch interessierenden anliegenden Plätze gleichfalls in Ortsklasse 2b untergebracht sind und Anträge auf deren Herabsetzung nach Ortsklasse 2a, soweit sie gestellt waren, zurückgewiesen worden sind.

Streitfall Nr. 21.

Sachverhalt: Das Gauschiedsamt für West- und Süddeutschland befaßte sich in der Sitzung am 10. Mai d. J. mit einem Antrage unserer Mitglieder auf Versetzung des Ortes Schorndorf von Ortsklasse 2b nach 2a, und es entschied, daß Schorndorf in Klasse 2b zu verbleiben habe. Es wurde deshalb von unseren Mitgliedern das Oberschiedsamt um Entscheidung angerufen.

Schiedsspruch zu Nr. 21.

Parteien: Arbeitgeber: Herr Dr. Flohr; Arbeitnehmer: Herr Pflugbeil, Verbandssekretär Karl.

Der Spruch des Gauschiedsamtes wird aufgehoben und der Ort Schorndorf in die Ortsklasse 2a versetzt.

Begründung: Der überwiegend industrielle Einschlag der für Schorndorf maßgebenden Verhältnisse und die dadurch beeinflusste teure Lebenshaltung, insbesondere auch im Hinblick auf die Nähe von Stuttgart und Cannstatt, lassen dem Oberschiedsamt die Versetzung von Ortsklasse 2b in Ortsklasse 2a gerechtfertigt erscheinen. Demgemäß war der Schiedsspruch des Gauschiedsamtes aufzuheben.

Aus Unternehmerkreisen.

Dem „Grundstein“ entnehmen wir die nachstehende Notiz, die auch für unsere Kollegen interessant genug ist und gelesen zu werden verdient. Diese Zeilen geben nach mehr als einer Richtung hin Anlaß zum Nachdenken.

Vor kurzem erhielten wir das Protokoll einer Versammlung „Vereinigung der Arbeitgeberverbände für . . .“ Da das Protokoll als „Vertraulich“ bezeichnet ist, bringen wir hiermit die für die Arbeiterschaft wichtigen Punkte zu ihrer Kenntnis, in der Hoffnung, daß sie diese vertraulichen Mitteilungen gehörig zu würdigen wissen. Es wurde unter anderem berichtet über die Geschäftsführerkonferenz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die am 9. und 10. Juli in Meissen tagte. Es heißt in dem Bericht:

„Auf dieser Konferenz nahm die Organisationsfrage einen breiten Raum ein, damit zusammenhängend der Abschluß der Tarifverträge durch sachliche und gemischtfachliche Verbände und der Geltungsbereich der abgeschlossenen Verträge. Nach den Gesichtspunkten, die zurzeit für die Lohnbildung maßgebend sind: Leistung des Arbeiters, wirtschaftliche Stärke der betreffenden Industrie, örtliche Lebensunterhaltungskosten, muß als zweckmäßigste Organisationsform die Bildung örtlicher Fachverbände und deren Zusammenschluß zu gemischten Verbänden angesehen werden. Die „Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ sucht die gegenseitige Fühlungnahme durch Schaffung bezirklicher Austauschstellen zu fördern. Gegen die von einer Seite geforderte Lohnregelung für jeden einzelnen Betrieb, deren Vorzüge in einer gewissen Anpassungsfähigkeit an die einzelnen lohnbildenden Faktoren liegen, wurde geltend gemacht, daß dadurch den Lohntreibern der Gewerkschaften Vorstoß geleistet würde. Eine Lohnregelung auf zentraler Grundlage wurde fast allgemein verworfen, da sie eine Verdrängung der örtlichen Verhältnisse verhindern. Der Vertreter des Baugewerbes wies demgegenüber auf die Vorteile hin, die der zentrale Abschluß in Zeiten

guter Konjunktur und durch die Möglichkeit eines generellen Verbotes von Lohnerhöhungen für den Arbeitgeber biete. Uebereinstimmung über die Frage ließ sich nicht erzielen . . .

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in allererster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung ausgegebene Parole ist im allgemeinen befolgt worden. Auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerschaft ist die Resolution der Vereinigung natürlich heftig bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge abgelehnter Forderungen selten. Gegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterschaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen den Schiedsspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilisierungskommissar Kenntnis von der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und gesamten Lebensunterhaltungskosten in den letzten zwei Monaten erheblich gefallen sind . . . Wenn somit der Reallohn des Arbeiters in der letzten Zeit nicht unbeträchtlich gestiegen ist, empfiehlt es sich jedoch, Lohnkürzungen nicht sofort eintreten zu lassen, sondern eine beschränkte Zeit die derzeitigen Löhne beizubehalten. Ausgleich ist nach Möglichkeit in einer erhöhten Leistung seitens der Arbeiterschaft zu suchen. Neue Tarife sollten keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügenden Raum zu schaffen, volle Ausnutzung der achtundvierzigstündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Auch das Reichsarbeitsministerium empfiehlt, Vor- und Abschlußarbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vornehmen zu lassen. Eine Reihe von Demobilisierungskommissaren erteilt bereits generelle Genehmigung für diese Ueberschreitung der achtstündigen Arbeitszeit. Auch die Differenz zwischen der Entlohnung gelernter und ungelernter Arbeiter ist anzustreben. Zur Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, sind Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und Betriebsräte sowie Uebersendung einschlägigen Materials an die Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau hat zunächst bei den Löhnen der Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind . . .

Der Vorsitzende berichtete dann über den Stand der Beratungen innerhalb des Reichsarbeitsministeriums und Reichswirtschaftsministeriums über die Bildung der Bezirkswirtschaftsräte . . . Das Reichswirtschaftsministerium plant die Durchführung der paritätischen Besetzung bis in die unterste Stelle und will zu diesem Zweck die Handelskammern in irgendeiner Weise paritätisch ausbauen oder sie mit einer paritätischen Arbeitervertretung verbinden. Das Reichsarbeitsministerium schlägt hingegen die Beendigung der Parität bei den Bezirkswirtschaftsräten vor, die sich auf einseitige Vertretungskörper der Unternehmer und Arbeiter stützen . . .

Der Vorsitzende berichtete über den in Berlin erfolgten Zusammenschluß der Spitzenorganisationen von Industrie, Handel, Landwirtschaft, Verkehr, Banken, Versicherungsunternehmungen usw. zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände. Der Zweck des Ausschusses, der keine neue Organisation, sondern lediglich ein loser Zusammenschluß ist, ist die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen, gegenüber dem geschlossenen Auftreten der Arbeitnehmer. Die Federführung liegt zunächst bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände.

Wir nehmen an, daß unsere Kollegen aus dem vorstehenden Protokollauszug sehen werden, wohin die Reise geht. Die Unternehmerorganisationen fühlen sich wieder als Herren. Wie aus einigen Sätzen hervorgeht, sind sie an gewissen Regierungsstellen wieder persona grata, so daß man sich dort dazu hergibt, das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit so auszulegen, wie es den Unternehmernwünschen entspricht, ohne Rücksicht auf die in vielen Berufen bestehende Arbeitslosigkeit. Daß die Unternehmerorganisationen durch keinerlei Verständnis für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter gehemmt worden, war uns allerdings auch ohne dieses Protokoll bekannt. Es schadet jedoch nicht, wenn stets von neuem dokumentiert wird, wie groß die Schamlosigkeit in den führenden Unternehmertreihen ist. Die Arbeiter sind während des Krieges und in der nachfolgenden Zeit nach allen Regeln großangelegter Demagogik ausgepöbelt worden. Erst seit ungefähr einem Jahr hören sie ihre Löhne soweit erhöhen, daß sie die notwendigen Lebensmittel regelmäßig kaufen konnten, soweit sie in Arbeit standen. An Erleichterung aufgebrauchter Kleider, Möbel und sonstiger Haushaltsgegenstände war auch bisher noch nicht zu denken. Aber laun ist in einem Monat das Existenzminimum gefunden, das inzwischen bereits wieder stieg, so

strebt das gleiche Unternehmertum, das während der letzten Jahre Milliarden einheimste, nach dem Lohnabbau. Früher beachtet es nur die eigenen Interessen. Es glaubt sogar Gewerkschaftsführer und Betriebsräte vor seinen Wagen spannen zu können. Es ist wahrscheinlich, daß es bei der bürgerlichen Presse sehr viel Entgegenkommen findet; wir halten es jedoch ausgeschlossen, daß Gewerkschaftsführer und Betriebsräte sich Unternehmervertretern einwickeln lassen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß das deutsche Unternehmertum im Begriff den Akt abzulegen, auf dem es sitzt. Wir wünschen ihm viel Erfolg bei dieser Tätigkeit.

Aus unserem Berufe.

Aus der Gipsfigurenbranche! Bezugnehmend auf den Artikel in Nr. 34 der „Ameise“: „Aus der Gipsfigurenbranche“ möchte ich dem Kollegen Fritsch aus Breslau erwidern, daß ich Branchenkollegen der Zahlstelle Köln sich schon seit längerer Zeit ebenfalls mit der „Italienerfrage“ beschäftigen. Bis heute ist es jedoch nicht möglich, etwas Positives zu erreichen.

Nach meinem Dafürhalten muß diese Frage auf breiter Grundlage als bisher zu regeln versucht werden. Ein nur lokales Vorgehen wird zu keinem befriedigenden Resultat führen. Den Gipsierhandel von Seiten der Italiener werden wir überhaupt nicht unterbinden können; denn darin werden uns die Entlohnungskommissionen diktieren. — Ich glaube aber auch nicht, daß uns darin die Schmutzkonzurrenz allein schädigt, vielmehr liegt die Hauptsache darin, daß größere Firmen ihre Rohware bei sogenannten „selbständigen Italienern“ beziehen. Hier gilt vor allen Dingen, den Hebel anzufassen, um diese Krebsgeschäden unserem Berufe auszumerzen. Lohndrückend wirkt diese Konkurrenz auf den Unternehmer sicherlich, denn Achtstundentag und Tariflöhne sind dort meistens nicht bekannt. Es gibt ja nun auch unter den Italienern Unternehmer, wo deutsche Kollegen arbeiten; sofern sie sich an den Achtstundentag und Tariflohn halten, ist dagegen auch nichts einzulwenden.

Nun möchte ich hier noch eine Anregung, die gelegentlich einer Ausschusssitzung hiesiger Zahlstelle gegeben wurde, zur öffentlichen Stellungnahme empfehlen. Es kam dort unter anderem zum Ausdruck, daß wir in Zukunft unbedingt engere Fühlung innerhalb unseres Berufes haben müssen. Zum Beispiel sind die Arbeitsmethoden an den einzelnen Orten so grundverschieden, daß sie sich des öfteren in nichts unterscheiden von der Akkordarbeit der Vorkriegszeit. Das Behringswesen liegt an vielerorts sehr im argen; gibt es doch Betriebe, die mehr Lehrlinge als Gehilfen beschäftigen. Gesundheitstechnische Verbesserungen in den Betrieben ist auch ein Punkt, der heute noch nicht genügende Beachtung findet. Dann aber auch, und nicht zuletzt, die Lohnfrage. Wir haben hier die Erfahrung gemacht, daß bei Lohnbewegungen von Seiten der Arbeitgeber gesagt wird: der große Unterschied der Stundenlöhne innerhalb der einzelnen Orte sei für sie von großer Bedeutung, ja, daß selbst die Konkurrenzfähigkeit ihre Betriebe dadurch in Frage gestellt sei. Ob dieses mit Recht oder Unrecht angeführt werden kann, sei dahin gestellt, waren doch vor dem Kriege ebenfalls derartige Unterschiede. In jedem Fall müssen wir versuchen, daß Orte, die unter denselben wirtschaftlichen Bedingungen einer größeren Zahl Berufskollegen Beschäftigung gewähren, auf möglichst einheitlicher Lohnbasis stehen. Nehmen wir als Beispiel an: Rheinland, Westfalen, Brandenburg oder Thüringen usw. Schwankungen von etlichen Groschen innerhalb der einzelnen Bezirke werden sich natürlich nicht vermeiden lassen. Die Hauptsache wäre die, zum mindesten das Lohnniveau, das für Handwerker innerhalb dieser Bezirke üblich ist, erreichen zu versuchen. Wir sind ja wieder auf dem besten Wege, wie in der Vorkriegszeit, als minderbezahlte Handwerker zu gelten. Laßt dieses nicht durch unsere Unachtsamkeit zur Wirklichkeit werden.

Das Zweckmäßigste wäre wohl, daß die einzelnen Zahlstellen ein paar tüchtige Kollegen aus ihrer Mitte wählen, die an einer Konferenz teilnehmen würden. Man hätte dann die beste Gelegenheit zur reichlichen Aussprache, um sich auf einen einheitlichen Plan, die angeführten Mängel zu beseitigen, zu einigen. Gut wäre es noch, wenn man den zuständigen Gauleiter hinzuziehen könnte, damit die endlich auch einmal etwas Einsicht in unseren Beruf bekommen.

Um überhaupt einmal feststellen zu können, wieviele Kollegen in der Figurenbranche tätig sind, werde ich mir erlauben, in nächster Zeit an die in Frage kommenden Zahlstellen schriftlich einen Fragebogen zu senden. Bereits vor dem Kriege sind der Zahlstelle Köln derartige Fragebogen versandt worden, die wir haben ganz gutes statistisches Material erhalten.

H. Klein, Köln-Lindenthal, Bachemest. 246, 1. St.

Annaburg. Die Annaburger Steingutfabrik erzielte laut Rechenschaftsbericht für 1919/20 einschließlich 40 000 (116 000) Mk. Vortrag einen Bruttogewinn von 3,66 (2,57) Millionen Mark. Geschäftsunkosten erforderten 2,63 (2,04) Millionen Mark und Abschreibungen 281 000 (160 000) Mk. Aus dem Reingewinn von 754 000 (364 000) Mk. sollen 25 (15) Proz. Dividende verteilt und 107 000 Mk. neu vorgetragen werden. Wie die Verwaltung bemerkt, konnte die Produktion durch Einstellung von Oesen auf Holzfeuerung gesteigert werden. Das Kolmarer Werk, das nach dem Friedensabkommen veräußert oder liquidiert werden muß, ist noch im Besitz der Gesellschaft, die sich die Wahrung der hierfür festgesetzten Frist angelegen sein lassen wird. In der Bilanz erhöhten sich Bankguthaben auf 1,69 (0,96) Millionen Mark, Debitoren auf 1,5 (0,34) Millionen Mark, Kreditoren stehen mit 2,03 (0,55) Millionen Mark zu Buche. Die Werke sind gut beschäftigt, und es liegen ansehnliche Aufträge vor.

Güntensteinach. Den Lesern der „Ameise“ dürfte noch erinnerlich sein, daß in Nr. 3 vom 16. Januar d. J. ein Kollege Namens Bürking von sich reden machte. Bürking erklärte damals, seine Verbandsbeiträge mehr zu zahlen, weil die Pader in dem Tarif vom Januar d. J. nicht als Facharbeiter anerkannt wurden. Daran sollte der Verbandsvorstand schuld sein. Weil die Kollegen mit dem aus dem Verbande ausgetretenen Bürking nicht weiter zusammenarbeiten wollten, kam es zum Streik, der aber bald wieder beigelegt wurde. Die Firma hielt damals ihre schließende Hand über den getreuen Erlehard Bürking, der ihr sehr wertvoll erschien. Die „Ameise“ machte seinerzeit Bürking den Vorwurf, daß er den Mut nicht finde, von seinem Arbeitgeber eine angemessene Bezahlung seiner Arbeitskraft zu fordern. Nun ist bekannt geworden, daß B. sein unzureichendes Einkommen durch ein Verfahren aufgebeßert hat, das nicht die Billigung eines rechtlich denkenden Arbeiters finden kann. In letzter Zeit waren der Porzellanfabrik Güntensteinach größere Posten Porzellan abhanden gekommen und jetzt stellte sich heraus, daß Bürking es entwendet hat. Die Folge war die sofortige Entlassung des B. Goffentlich gleichen Unternehmer wie Arbeiter die Mißhandlung, die sich aus diesem Fall von selbst ergibt.

Böln. Achtung, Gipsfigurenbranche! Vor Zug der in der Gipsfigurenbranche beschäftigten Kollegen nach Böln wird gewarnt, da zurzeit Lohn Differenzen bestehen.

Ebenso warnen wir die Kollegen, in Benlo (Solland) Stellung anzunehmen. Dort sind ebenfalls Differenzen wegen Erhöhung des Achthundentages und Abschaffung des Affordsystems entstanden.

Bohnenstrauch. In der Zeit des Tarifwesens haben sich Arbeitgeber wie Arbeitnehmer daran gewöhnt, tarifreu zu sein. Nur in der Oberpfalz gibt es noch zwei Betriebe, deren Inhaber sich nicht an die Einhaltung des Tarifs gewöhnen können. Dem einen, der nicht dem Arbeitgeberverbande angehört, nimmt man es nicht besonders tragisch. Dessen Absicht ist klar ersichtlich, warum er sich nicht organisiert. Aber in einem Betriebe, wie der der Firma Seltmann in Bohnenstrauch, der der Arbeitgeberorganisation angehört, sollte man doch erwarten, daß er den Lohn tarif einhält. Versprochen wird bei Vorschau des Betriebsrates viel, doch gehalten sehr wenig. Ja, sogar die Japanmuster versprach die Firma im Beisein unseres Gauleiters aufzubessern. Doch sie glaubte ihr Versprechen dadurch erfüllt zu haben, indem sie für diese Artikel 14 Tage lang den aufbeßerten Lohn zahlte und dann wieder abzog, so daß es den Malern unmöglich ist, auf den Tariflohn zu kommen. Sollte sich jemand gegen die niederen Preise wehren, so heißt es gleich, er kann gehen. Der Bruder des Herrn Joh. Seltmann glaubte mit der Arbeiterschaft verfahren zu können, wie mit chinesischen Kulis. Lehrlinge, die mehrere Jahre gelernt hatten und einmal etwas neugierig einer Arbeitseinstellung der Dreher zusahen, wurden kurzerhand von der Firma wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung entlassen. Dem Gauleiter des Arbeitgeberverbandes desabouierte er dadurch, daß er auf eine Beschwerde des Porzellanarbeiterverbandes versprach, die Lehrlinge wieder einzustellen, aber sie dann doch nicht einstellte.

Lehrlinge in der Malerei, die während des Krieges in der Schmelze arbeiten mußten usw., waren billige Arbeitskräfte. Als sie aber ausgelernt hatten, stellte sie Herr Seltmann hin als minderwertige Arbeitskräfte, die nichts leisten können und daher keinen Anspruch auf Tariflöhne hätten. Daß es in Herrn Seltmanns Verhältnissen lag, kam dem Herrn wohl nicht zum Bewußtsein.

Eine Umrechnung der Grundpreise der Artikel anlässlich des Überganges von der zehnstündigen zur achthündigen Arbeitszeit hat ebenfalls nicht stattgefunden, so daß heute in diesem Betriebe noch Sommerlöhne von 200 Mk. in 14 Tagen bei den besten Arbeitern zu bezeichnen, w. bei 1 1/2 Tag als arbeitslose Tage zu

rechnen sind. Und da behauptet Herr Seltmann noch, er zahlt Löhne und Preise wie in anderen Betrieben?

Der Name Seltmann hatte einst einen guten Klang bei der Porzellanarbeiterschaft. Seitdem aber die Betriebsführung gewechselt hatte, machte sich brutaler Unternehmerstandpunkt bemerkbar. Doch sollen sich diese Herren nicht wundern, wenn sie eines Tages ernten, was sie gesät haben. Die Arbeiterschaft wird sich das Vorgehen der Firma merken. Die Firma wird sich nicht wundern dürfen, wenn der aufgestapelte Groll zur Entladung kommt. Noch sei sie gewarnt und ihr der gute Rat gegeben, sich mehr mit ihrer Arbeiterschaft zu verständigen. Preiskommissionen kennt diese Firma ebenfalls nicht. Dem Betriebsrat werden alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Hat einer derselben die Interessen der Mitkollegen wahrhaft vertreten, so erklärt Herr Seltmann ihn nicht mehr für fähig, sein Amt zu bekleiden und beantragt seine Absetzung beim Schlichtungsausschuß, wo er bald ständiger Gast ist.

Doch alles dieses ist nur möglich, weil die Arbeiterschaft nicht einig ist, sondern es vorzieht, durch Eigenbrödelei sich zu zersplittern und der lachende Dritte ist Herr Seltmann. Vor allem richten wir an die Malerkollegen das Ersuchen, angesichts ihrer gar so traurigen Löhne einmal wieder die alte Geschlossenheit herbeizuführen. Ein Teil der Beamten dieses Betriebes scheint auch nicht ganz unschuldig an diesen Zuständen zu sein und haben diese sehr wenig von der neuen Zeit begriffen. Sonst müßte sich mancher dieser Herren andere Umgangsformen im Verkehr mit dem Personal angewöhnt haben. Doch auch diese auf den richtigen Weg zu führen und andere Zustände im Betriebe herbeizuführen, ist nur eine einige und geschlossene Arbeiterschaft in der Lage im Verbande der Porzellanarbeiterschaft Deutschlands.

Waldsassen. Resolution: Da der von uns sehnlichst erwartete Preisabbau sich in keiner Weise bemerkbar macht, um so mehr in allen wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikeln eine eminente Preissteigerung sich fühlbar macht, fordern wir den Hauptvorstand auf, unverzüglich das Lohnabkommen zu kündigen und folgende Forderungen auf das entschiedenste bei den kommenden Verhandlungen zu vertreten: 1. Eine einmalige Wirtschaftshilfe, die alsbald auszuzahlen wäre. Für männliche Arbeiter eine solche von 500 Mk., außerdem für Verheiratete eine Kinderzulage von 50 Mk., für weibliche eine solche von 300 Mk.; außerdem ab 1. September 1920 eine Lohnerhöhung von 20—30 Proz.

Wir ersuchen sämtliche Zahlstellen, sich unserer gerechten Forderung anzuschließen. Zahlstelle Waldsassen.

Vermischtes.

Achtung! Anspruchsberechtigte — Kriegerversicherungskasse der Volksfürsorge. Nachdem der Termin zur Einreichung der erforderlichen Papiere am 17. Juni 1920 abgelaufen ist, können nunmehr die Auszahlungen aus dem Kriegsteilnahmefonds beginnen. Es stehen aus diesem Fonds 461 980 Mk. zur Verfügung. 6162 Sterbefälle sind gemeldet worden, für die insgesamt 10 774 Anteilsscheine gelöst wurden. Die somit auf jeden Anteilsschein entfallende und zur Auszahlung gelangende Summe beträgt — auf volle Mark nach oben abgerundet — 43 Mk.

Wir richten daher an alle diejenigen, die ihre Ansprüche unter Vorlage der Papiere rechtzeitig der Volksfürsorge gemeldet haben, die Aufforderung, die in ihrem Besitze befindlichen Anteilsscheine an das

Hauptbureau der Volksfürsorge, Hamburg 5,
Beim Strohhause 38, I,

einzuwenden und die jetzige genaue Adresse auf dem Anteilsschein selbst anzugeben. An diese Adressen wird die Volksfürsorge von Hamburg aus direkt die Beträge zur Absendung bringen.

Im Interesse einer schnellen Abwicklung der Angelegenheit ist es erwünscht, daß diesem Aufrufe sofort entsprochen wird.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft,
Hamburg 5.

Den traurigen Zustand der proletarischen Jugend beleuchtet eine Arbeit von Dr. Drigalski in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“. Die Untersuchungen, auf die sich die Arbeit stützt, haben in Halle stattgefunden. Danach wiesen nur 13 unter 100 Kindern eine gute Körperbeschaffenheit auf. Also war jedes achte Kind nur körperlich normal entwickelt. Strophulose und Tuberkulose waren besonders verbreitet. Und da wagt noch jemand an der Notwendigkeit einer Umgestaltung der Lebensverhältnisse zu zweifeln?

Zu den wesentlichen Ursachen der Säuglingssterblichkeit rechnet man die Sommerwärme und die soziale Lage. Hierzu hat Dr. Selter in Königsberg neue Erhebungen angestellt. Er konnte dort den Einfluß der Sommerhitze nicht so deutlich nachweisen,

wie er anderswo in die Erscheinung tritt. Dagegen war auch bei diesen Untersuchungen der Einfluß der sozialen Lage auf die Säuglingssterblichkeit unverkennbar. Nach den Mitteilungen, die Selter hierüber in der „Zeitschrift für Hygiene“ macht, ist die Sterblichkeit um so größer, je geringer das Einkommen ist. Wer seine Kinder darum lieb hat, muß gewerkschaftlich organisiert sein, damit er sich durch seine Organisation die Voraussetzung zur Erhaltung seiner Familie erhalten kann.

Versamlungsberichte.

Wahrenth. Zahlstellenversammlung vom 21. August. Tagesordnung: 1. Rassenbericht; 2. Vortrag des Kollegen Poeseneder über: „Die Teuerung“; 3. Sonstige Angelegenheiten. Bei Beginn der Versammlung wird das Andenken des verstorbenen Kollegen Reiß durch Erheben von den Sigen geehrt. Zu Punkt 1 erstattete Kollegin Franke den Rassenbericht. Dieser ergibt folgendes: Verbandskasse: An Einnahmen im 2. Quartal 3680,68 Mk., Ausgaben 1745,70 Mk., verbleibt ein Bestand von 1934,98 Mk. 12 Prozentfonds: An Einnahmen 677,62 Mk., Ausgaben 225,28 Mk., bleibt ein Bestand von 452,34 Mk. Die Revisoren berichteten, daß sie bei der Revision sämtliche Bücher sowie Kasse und Belege in bester Ordnung vorgefunden haben, worauf die Kassiererin entlastet wurde. Zu Punkt 2 schilderte Kollege Poeseneder in 1½ stündigen, trefflichen Ausführungen Begriff, Ursache und Bekämpfung der Teuerung. Am Schlusse seiner Ausführungen wurde dem Redner reicher Beifall zuteil, ein Beweis, daß seine Worte Anklang gefunden hatten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 21. August stattgefundene Zahlstellenversammlung ist der vollständigen Ueberzeugung, daß an einen Lohnabbau noch gar nicht gedacht werden kann, indem sich gerade die wichtigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände noch im stetigen Steigen befinden. Dazu kommt noch die erhebliche Steuer, die seit neuerer Zeit eingesezt hat. Da die Existenzmöglichkeit immer schwieriger wird, hält die Zahlstelle eine den heutigen Preisverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung, § 77 des Manteltarifses, für dringend erforderlich und beauftragt den Vorstand, bei den nächsten Lohnverhandlungen dahingehend zu wirken.“ Unter „Sonstige Angelegenheiten“ wurde der Kartellbericht behandelt, ferner Stellungnahme zur neuen Arbeitsordnung. Die Arbeitsordnung in der „Ameise“ soll in der demnächst stattfindenden Betriebsversammlung angenommen werden.

Berlin-Charlottenburg. Monatsversammlung vom 18. August. Dem Bericht seien folgende Eindrücke vorausgeschickt: Guter Besuch im Verhältnis zur Vorversammlung und zudem, trotz Augustschwüle, impulsives Interesse an den Ausführungen aller Redner und — trotz politischer Gegenläufe — temperamentvoller und doch würdiger Verlauf des ganzen Abends. — Die politische und wirtschaftliche Spannung in ganz Europa und die derzeitige ereignissschwangere Lage im Osten spiegelte sich natürlich auch im rednerischen Inhalt aller zum Wort gekommenen Kollegen wider und wurde in ihren Konsequenzen hauptsächlich auch durch das Referat des Gen. Hildebrandt von der Betriebsrätezentrale der Berliner Gewerkschaftskommission entfacht, der mit einem Vortrag über „Gewerkschaften und Betriebsräte“ für den Hauptteil des Abends gewonnen war. Nachstehend eine in den Hauptsachen zusammengefaßte Wiedergabe der einzelnen Ausführungen.

Gen. Hildebrandt. Ehe er die Quintessenz seines Vortrages zog, würdigte er in kurzen, skizzenhaften Andeutungen die augenblickliche politische und wirtschaftliche Lage, bekannte sich aber im Rahmen dieser Andeutungen und in reger Beziehung dazu als langjähriger Gegner der Neutralität der Gewerkschaften. Zur Lage im Osten führte er aus: Der Krieg zwischen Sowjetrußland und Polen gestaltet sich zum ausgesprochenen Klassenkampf. Die polnische Arbeiterschaft ist unterdrückt; in Rußland aber kristallisiert sich die Herrschaft der Arbeiterklasse. Die Kleinbauern stehen mit ganzem Herzen zum Arbeiter Rußlands und kämpfen dafür. Sowjetrußland aber ist im Anmarsch, gebot von der Kulturwelt des Bürgertums. So ist der Kampf der Russen unser Kampf und wir werden — ob wir wollen oder nicht — mit jenen in einen Topf geworfen werden. Millionen lassen sich die Großunternehmer ihren papierernen Kampf gegen den „Bolschewismus“ kosten. Millionen kosten schon ihre sog. „Nachrichtenstellen“, aus denen sie ihre Sammelblasen aufbläsen lassen. Demgegenüber ist strikteste Neutralität zu dem Kampfe Pflicht jedes Arbeiters. (Redner zitierte Beispiele von Waffenspendungen Berliner Firmen, die durch die Abhängigkeit Berliner Betriebsräte verhindert wurden.) Heftige Entrüstung rief eine — auf Protest der Betriebsräte vorläufig zurückgezogene — Verfügung des Eisenbahnministers hervor, nach der Eisenbahner entlassen werden, wenn sie einen Zug anhalten.

Allgemein fast verfährt der Unternehmer nach demselben Muster. Wer eben Arbeiterinteressen vertritt, ist „Bolschewist“ und kann verhungern. — Nun die wirtschaftliche Lage: Nach wie vor besteht die Sabotage der Unternehmer. Wir Porzellaner spüren es am eigenen Leibe; denn viele Porzellanfabriken sind geschlossen oder arbeiten verkürzt. In der Holzindustrie herrschen noch trüßere Verhältnisse. Holz Bretter Karrierte, Leim usw. sind reichlich vorhanden. Aber hier die wachsenden Arbeitskräfte reden die Arbeitsnachweise in lautiße Sprache. Der Unternehmer aber verlangt insgesam: „Es mangelt an Arbeit...“ Viele junge Leute wollen heiraten; die Brautlöhner sind gerammt. Den dreifachen Preis der Herstellung bezahlen in die Auffanter aus dem Auslande. (Redner selbst ist in der Augenbrauendstelle tätig und berichtete über Möbelstücke, die mit 4000 Mk. Herstellungspreis für 80000 Mark ins Ausland gingen. „Kapa Staat, in solchen Fällen beiseiben wie wir, was haben wir — 1½ Proz. Umsatzsteuer ein; das übrige fließt der Unternehmer in.) Parallelierend sind die Verhältnisse in der Textilindustrie. Rieße Läger sind, wenn auch verengt, vorhanden; die Industrie aber liegt seit 4 Monaten still. (Gen. Hildebrandt gab ein erschütterndes Beispiel: Eine Berliner Gewerkschaft, die die Aufgabe hatte, die Schulkinder zu kontrollieren, stellte fest, daß von 800 Kindern nur 20 ein Hemdchen tragen!!) — Ein treffender Beweis für die Taktik der Unternehmer, ein flares

Selbstbekenntnis, gibt das veröffentlichte Schreiben eines Rohmaterialienlieferanten an die Reichsdruckerei, die Bestellungen aufgegeben hatte. Die Firma, die u. a. sich auch mit dem Nachschub beschäftigt, schreibt: „... unzählige Mäße schmeißen die Dispositionen um...“ All diese verbitternden Tatsachen lassen erkennen: Der Unternehmer schließt seine Betriebe, wenn sie ihm nicht seinen Spekulationen entsprechend genügend rentabel sind, wenn sie ihm nicht die früher erzielten enormen Kriegsgewinne abwerfen. Die Regierung aber zahlt damit die Arbeitslosenunterstützung an die Unternehmer! Die Arbeiter aber haben regles Interesse ihre Arbeitszeit auszunutzen. Es muß gearbeitet werden, und durch Kapitalisten Sabotage wird nicht gearbeitet! Unser dringendstes Ziel in dieser Beziehung aber sei der schnellste Uebergang von der Privatprofitwirtschaft zur Bedarfswirtschaft. Es uns das wirtschaftliche Notensystem ein Fundament dazu, auf dem wir geschlossen und einig stehen, denn Unsummen läßt der Kapitalismus die weitere Zersplitterung des Proletariats kosten. Unser Einigungsruß gelte auch vor allem den Kopparbeitern. (Gen. Hildebrandt warnte vor Vorgehen ohne die Letzteren.) Verhindern wir mit ehrlichem Willen, daß der gequälte deutsche Volkskörper nicht vollends verblutet. Ziehen wir kluge und praktische Maßnahmen aus dem Fiasco des 9. November 1918. Gen. Hildebrandt schloß in Zusammenfassung des Vorgegangenen: Revolutioniert die Gewerkschaften, und errichtet sie zu dem, was ihr nicht planlos mit Stuhlbeinen nach dem Rezept der A. A. P. D. sondern planvoll durch aktives Klassenbewußtsein und Mitarbeiten durch schnellen Uebergang der Produktion in die Bedarfswirtschaft. Erfüllt damit den echten, wissenschaftlichen Sozialismus. Beginn mit der strikten Wahrung eurer Interessen schon bei den Details der Werkstatt und werdet somit Pioniere des praktischen Sozialismus.

Gen. Hildebrandt konnte für seinen Vortrag regen Beifall verzeichnen. Eine von ihm verlesene Resolution, die auf der letzten Versammlung der Betriebsräte Berlins angenommen wurde, fand auch hier Zustimmung und Annahme. Sie lautet im Wortlaut wie folgt:

„Die kapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft sind nach der Zerstörung der Produktion durch den Krieg und die Nachkriegswirtschaft nicht mehr imstande, die Bedürfnisse der ungeheuren Mehrheits der Bevölkerung zu befriedigen. Die arbeitende Bevölkerung muß weit unter dem Existenzminimum ihr Dasein fristen. Die bisher unter dem Existenzminimum Arbeitenden werden jetzt durch die Einschränkung und Einstellung der Betriebe zu Hunderttausenden arbeitslos und damit der Arbeitslosen- oder Armenfürsorge ausgeliefert. Die Arbeiterklasse steht damit vor der Notwendigkeit, den Kampf um die Beseitigung dieser Zustände aufzunehmen.

Getrieben durch diese Notstände ist der Wille zum Kampf in breiten Schichten der Arbeiterschaft erwacht. Was der Arbeiterklasse fehlt, ist die Einsicht in die Kampfbedingungen und die Organe zur Führung dieses Kampfes.

Der Kampf um die Verhinderung der weiteren Sabotage und Zerstörung der Wirtschaft durch das kapitalistische Unternehmertum ist nur als Massenkampf aller Ausgebeuteten und der unter dieser Sabotage leidenden Arbeiterklasse möglich. Dieser Massenkampf kann nur siegreich durchgeführt werden, wenn es dieser ausgebeuteten Masse gelingt, sich zum einheitlichen opferreichen Kampf zusammenzuschließen, um die ganze Wucht dieses Kampfes auf die jeweils wichtigste Position des Gegners mit größter Geschlossenheit zu werfen, um so den Widerstand der herrschenden Klasse zu brechen.

Diese Zusammenstellung ist nur durch Schaffung und Ausbau der Räte der Arbeiter und Angestellten zu erreichen. Die Betriebsräte müssen schleunigst zum Reichsrätekongreß zusammentreten, sich Industriegruppenwirtschaftsräte bilden, die sofort in Funktion treten. Sie haben die Aufgabe, sofort den Kampf aufzunehmen um die Kontrolle der Produktion und die unmittelbare Umstellung der gegenwärtigen Profitwirtschaft für den Bedarf der Massen. Um dies zu erreichen, ist erforderlich:

Sofortige schnelle Wahl eines Obersten Reichswirtschaftsrates durch den Betriebsrätekongreß aller Betriebsräte des Reiches. Dieser hat unter Hinzuziehung von sachverständigen Sachverständigen gestützt auf die Wirtschaftsgruppenräte der einzelnen Industrien, Bezirke, sowie der einzelnen Betriebsräte eine Bestandaufnahme aller vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten, Art der Produktion, Produktionskosten, Preise, Absatzarten und Absatzmöglichkeiten, sowie Kapitalbeschaffung schleunigst Erhebungen vorzunehmen. Gestützt auf diese umfassende Einsicht in die gegenwärtige Produktionsweise zweckdienliche Ratschläge auszuarbeiten, nach denen die bisherige Profitwirtschaft umgestellt werden kann in die Bedarfsbedingungswirtschaft für die Gesamtheit. Nur im innigen Zusammenwirken der Wirtschaftsräte, der Industriegruppen untereinander und mit den Guts- und Kleinbauernräten wird die Ursache des gegenwärtigen Elends, die Unfähigkeit der Kapitalisten, die Produktion weiter in Gang zu halten beseitigt. Gewerkschaften und Genossenschaften gilt es, mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen. Die einzelnen Maßnahmen werden sich ergeben, wenn die Arbeiterklasse unter Oberleitung ihrer Räte in ihrer Gesamtheit im unmittelbaren Kampfe vor die vielfältigen Aufgaben gestellt werden.

In den Räten, die alle Arbeiter der verschiedensten gewerkschaftlichen und politischen Richtungen umfassen müssen, wird es verhältnismäßig leicht sein, die bislang die Arbeiterklasse spaltenden Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, wenn sie vor die konkreten Aufgaben gestellt werden, die sie bei Strafe ihres Unterganges lösen müssen.

Die in den verschiedenen Organisationen zersplitterten Arbeiter sind ein Spielball in den Händen der gegenrevolutionären Machthaber. Die in den Räten zusammengefaßte Arbeiterklasse wird alle die Aufgaben lösen, die die zersplitterte Arbeiterklasse nicht lösen kann.

Die versammelten Berliner Betriebsräte fordern die Betriebsräte Deutschlands auf, sich in Anlehnung an die vorstehenden Richtlinien gleichfalls zusammenzuschließen und mit ihnen für deren Verwirklichung einzutreten.

Die anschließende Aussprache stimmte im allgemeinen mit den Darlegungen des Genossen Hildebrandt überein. Kollege Burmann bekräftigte den Kampf gegen die Neutralität der Gewerkschaften und

forderte größte Selbstdisziplin aller Massen, um nicht an Schlagkraft abzulassen. Kollege Schneider wies auf größte Ruhanwendung bei der Betriebsratsarbeit hin und appellierte besonders an die Mitbewerkschaften zu weit abliegende politische Ziele zu setzen und wies vor allem auf scharfe Durchsetzung der wirtschaftlichen Ziele hin. Kollege Schulze betonte, daß sich alle Aufgaben nicht von heute auf morgen lösen lassen und eine intensive praktische Schulung erheischen. Kollege Schmeier erörterte den Wettlauf der Parteien um die Betriebsräte. Hilbesheims Schlusswort betonte noch einmal den zu erstrebenden politischen Einschlag im zukünftigen Gewerkschaftsleben im absoluten Sinne der U. S. B. und zog dazu eine kurze Polemik gegen die frühere Politik der S. B. D. Er bezeichnete (voraussetzend) die Aufgaben der Betriebsräte als Regierungsaufgaben über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus, aber (!) nie ohne die Gewerkschaften. Somit sind sie auch zugleich Etappe zur Verwirklichung des Sozialismus. Mit Annahme der vorstehenden Resolution schloß Genosse Hilbesheim die Versammlung, und hat sich die Zahlstelle als Glied einer Kampforganisation zu obigem bekannt. (Bravo.)

Solbis. Unsere Monatsversammlung vom 14. August war, wie schon die vorhergehende, schwach besucht. Die Ursache mag sein, weil es von keiner Lohnerhöhung zu berichten gab. Zunächst erstattete der Kassierer den Bericht der Abrechnung vom 2. Quartal. Dieser war von den Revisoren in Ordnung vorgefunden worden. Es wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Von dem dem Gewerkschaftskartell gemachten Angeboten größerer Posten Hemdentuche sowie Schuhwerk konnte man keinen Gebrauch machen, da diese Sachen zu teuer waren. Es wurde angeregt, infolge der Auflösung von Reichswehrtruppenkleidungsstücke zu erhalten. Das Kartell wird sich damit befassen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde hörbar, daß von seitens des Unternehmerverbandes das Lohnabkommen gekündigt ist. Mit Enttäuschung nahmen die Kollegen dieses zur Kenntnis, da hierbei vielleicht ein Abbau der Löhne geplant sei, und nicht anders zu deuten ist, da bei den letzten Verhandlungen schon die Rede davon war. Auf keinen Fall werden sich die Kollegen so ohne weiteres damit zufrieden geben, es müßte denn sein, daß die Lebenshaltung bedeutend besser und billiger wird, wovon jetzt noch gar nicht gesprochen werden kann. Wenn die Unternehmer behaupten, sie seien am Ende ihrer Leistungsfähigkeit, dann können wir nur die Antwort geben, wir auch. Die nächste Zahlstelle wird sich demnächst mit dieser Frage noch eingehend beschäftigen. Die künftigen Versammlungsbesucher mögen sich dem Ernst der Lage vor Augen führen und nun wieder mithelfen. Im „Klontopp“ werden unsere Interessen schlecht gewahrt.

Sohenberg. Die Zahlstellenversammlung vom 21. August 1920 protestiert einstimmig gegen den von der Unternehmenseite geplanten Lohnabbau in der gegenwärtigen Zeit, wo die Kosten aller Lebensmittel ständig steigen und die Einkommen durch die hohen Abzüge immer mehr verringert werden. Die hiesige Arbeiterschaft wird mit allen Mitteln dagegen kämpfen und sich nicht in eine unerträgliche Lage herabdrücken lassen, und verlangt deshalb vom Hauptvorstand, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen einen 35 prozentigen Lohnzuschlag auf den effektiven Verdienst.

Laasborn. Die am 14. August stattgefundene Versammlung war ziemlich gut besucht, bis auf Frauen und jugendliche Mitglieder, die immer noch nicht für nötig halten, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. — Punkt 1: Quartalsabschluss. Der Kassierer, Genosse Remdling, gab ausführlichen Bericht hierüber. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. — Punkt 2: Bericht vom Gauschiedsamt Almenau. Genosse Wendel, der am 7. Juli an den Gauschiedsverhandlungen teilgenommen hat, gibt hierüber Bericht, der mit Entrüstung entgegengenommen wurde. Da wir dort mit unserem Antrage auf Verlesung in eine höhere Lohnklasse abgewiesen sind, beschloß die Versammlung einstimmig, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, bei der nächsten Lohnkasseneinteilung die Zahlstelle Laasborn unbedingt zu berücksichtigen und in eine höhere Lohnklasse einzureihen. Bezüglich der angeführten Forderung sprachen sich sämtliche Redner dahin aus, daß an einen Abbau der Löhne derzeit nicht zu denken sei, da alle Lebensmittel und Bedarfsartikel noch im stetigen Steigen begriffen sind. Die Zahlstelle stellt am den Hauptvorstand ebenfalls das Ersuchen, bei den stattfindenden Verhandlungen mit dem Unternehmerverband dahin zu wirken, daß unsere jetzt bestehenden Löhne mindestens um 20 Proz., für die im Zeitlohn beschäftigten männlichen Arbeiter um 30 Proz. erhöht werden. — Punkt 3: Beschwerden. Es wurden einige Beschwerden laut gegen den Vorsitzenden und den Vorsitzenden des Betriebsrates, worüber sich eine rege Debatte entspann. Schließlich wurden die Beschwerden mangels einer Begründung abgewiesen. — Punkt 4 wurden kleine Betriebs- und Kartellangelegenheiten erörtert, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Magdeburg. Auf Antrag des 1. und 2. Agitationsbezirktes fand am 22. August in Magdeburg-Neustadt eine Konferenz der beiden Bezirke statt, welche sich mit der eventuellen Anstellung eines Gauleiters für Mittel- und Norddeutschland beschäftigte. Nach eingehender Diskussion kam die Konferenz zu dem Beschluß, dem Hauptvorstand folgenden Antrag zu unterbreiten.

Antrag: Der Hauptvorstand wird für baldige Anstellung eines Gauleiters für Mittel- und Norddeutschland Sorge tragen.

Begründung: Die Konferenz der beiden Bezirke hat den Beweis bewiesen, daß es sich notwendig macht, die Zahlstellen systematisch und planmäßig zu bearbeiten, um so die noch fernstehenden Aufgaben zu gewinnen und die in letzter Zeit neugewonnenen Mitglieder in der Organisation zu festigen. Ferner macht es sich notwendig, die richtige Auslegung des Tarifes und dessen Durchführung zu erzielen. Weiter muß den sich geltendmachenden Zersplitterungen anderer Organisationen aufs schärfste entgegengetreten werden. Auch bei einem eventuellen Lohnabbau mit seinen Begleiterscheinungen wird sich die Notwendigkeit eines Gauleiters erweisen. Das Gebiet würde folgende Zahlstellen mit circa 7000 Mitgliedern umfassen: Althaldensleben, Annaburg, Arneburg, Berlin, Eßleben, Gernrode, Gorge, Frankfurt, Fürstberg, Hennigsdorf, Lützen,

Magdeburg, Neuhalbensleben, Osterode, Rosslau, Rheinsberg, Spandau, Vordamm, Westen und Wittenberg.

Unter Hinweis auf den in der letzten Generalversammlung gefassten Beschluß, für Mittel- und Norddeutschland einen Gauleiter anzustellen, dem auch eventuell Gauleiterbefugnisse zugestanden werden sollten, ersucht die Konferenz den Hauptvorstand, davon Abstand zu nehmen und hierfür einen Gauleiter anzustellen. Die für den Gau erforderlichen Mittel werden durch die Tätigkeit des Gauleiters in hinreichendem Maße wettgemacht, auch tritt gleichzeitig eine Entlastung des Hauptvorstandes ein. Die Konferenz ist sich bewußt, daß die Zahlstellen von Mittel- und Norddeutschland dieselben Rechte zu beanspruchen haben als die anderen Bezirke. Die Konferenz erwartet die Annahme unseres Antrages und baldige Erledigung.

Mengersgereuth. Am 17. August tagte im Bahnhofshotel die ordentliche Monatsversammlung. Der Vorsitzende bemängelte eingangs den flauen Besuch und ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, fester und energischer für einen guten Besuch einzutreten. Eine Laubstille darf unter keinen Umständen Platz greifen, deshalb sollen die Säumigen öffentlich gebrandmarkt werden, wenn der Besuch der nächsten Versammlung wieder nicht besser sein sollte. Zu Punkt 1: „Angelegtenfrage“, referierte der Vorsitzende. Da in der Porzellanbranche sehr viel Angestellte sind, die der „Alfa“ angehören, jedoch gern zum Porzellanarbeiterverband übertreten möchten, soll der Hauptvorstand ersucht werden, eine Verständigung mit der „Alfa“ herbeizuführen, damit den Angestellten ihre Karenzzeit beim Porzellanarbeiterverband erlassen werden soll. Dem wird zugestimmt. Zu Punkt 2 und 3 werden Berichte der Kollegen Matthes und Köhler zur Kenntnis genommen. Punkt 4: Da die hiesige Zahlstelle noch ohne Bibliothek ist, sollen die Zahlstellen ersucht werden, welche über überschüssige Bücher verfügen, sich mit dem Kassierer Paul Heublein, Mengersgereuth b. Schg., Thüringen, in Verbindung zu setzen. Sollten Bücher kostenlos abgegeben werden, so sei der Dank der Zahlstelle im voraus ausgesprochen. Zu Punkt 5: „Lohnabbau“, entpinnst sich eine lebhafte Debatte. Die Versammlung schließt sich den Versammlungsberichten in der „Almeise“ an und ersucht den Hauptvorstand, Stellung gegen jeglichen Lohnabbau in der Porzellanindustrie zu nehmen. Da von einem Lebensmittelpreisabbau nichts zu spüren ist, vielfach die Porzellanarbeiter nicht in der Lage sind, sich nur das Notwendigste kaufen zu können, zumal der Sonnenberger Preis der teuerste in ganz Thüringen ist, wäre es ein Schlag ins Gesicht, wenn dem Lohnabbau zugestimmt würde. Die Arbeiterschaft Mengersgereuths ist sich vollkommen klar darüber, daß erst eine Zeit nach dem Lebensmittelpreisabbau mit dem Abbau der Löhne begonnen werden kann. Gerade der Porzellanarbeiter bedarf in dieser Hinsicht einer Erholung. Es sollen vor allem die Herren Unternehmer von ihrem Profit einen Teil nachlassen und nicht, wie manche Aktionäre, bis zu 28 Proz. Dividende einheimsen, denn vor allem sind es diese Herren, die sich von dem schönen „Verdienst“ am schwersten trennen mögen. Also hier Hand ans Werk und nicht beim Arbeiter. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. Kollegen und Kolleginnen! Was nützt euch euer Schimpfen und Klagen, wenn ihr nicht Mann für Mann die Versammlungen besucht? Ihr selbst macht euch und der Verwaltung dadurch das Arbeiten schwerer, die schwer errungenen Früchte bisheriger Arbeit festzuhalten. Die Gleichgültigkeit darf unter keinen Umständen eintreten, denn ihr schädigt dadurch euch nur selbst, denn nur ein geschlossenes Ganzes kann uns von Nutzen sein, alles andere ist zum Nachteil. Daher beherzigt die Worte: „Vereinzelt sind wir nichts, geschlossen dagegen alles.“

Schorndorf. Unsere am 12. August stattgefundene Zahlstellenversammlung war sehr zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung standen: 1. Berichte: a) Bericht über die Bezirkskonferenz in Hornberg, b) Kartellbericht, c) Bericht des Aktionsausschusses, d) Bericht des Betriebsrates, e) Kassenbericht; 2. Betriebsangelegenheiten; 3. Verschiedenes. Die ersten drei Berichte wurden ohne nennenswerte Einwendungen zur Kenntnis genommen. Nicht so bei dem Bericht des Arbeiterrates. Hier wurde das Verhalten des Direktors Pfeiffer scharf kritisiert. Aus dem Bericht ist besonders zu entnehmen: Bei Einwendungen, die der Arbeiterrat gegen geplante Entlassungen machte, erklärte der Direktor, der Arbeiterrat habe wohl laut Betriebsratsgesetz das Recht, Einwendungen zu machen, doch die Entscheidung liege allein bei ihm und er kann es machen, wie er will. Als ein Arbeiterratsmitglied eine halbe Stunde Zeitversäumnis für Verhandlungen rechnete, telephonierte der Direktor an den betreffenden Beamten, daß dieser doch nur eine Viertelstunde im Kontor war und auch nur für die Viertelstunde Entschädigung erhalte. Daß aber vorher eine Verständigung mit dem gesamten Arbeiterrat notwendig war und dabei noch mehr wie eine halbe Stunde versäumt wurde, geht den Direktor nichts an. Als dieses vom Vorsitzenden des Arbeiterrates erwähnt wurde und die Handlungsweise des Direktors tadelte, wollte der Direktor die Verhandlungen ganz abbrechen. Zwei Dreher sollen in anderen Abteilungen beschäftigt werden, obwohl noch Arbeiterinnen Dreherarbeit verrichten. Auf einen diesbezüglichen Hinweis des Arbeiterrates erklärte der Direktor, daß er sich die diktatorischen Bestimmungen des Arbeiterrates nicht mehr gefallen lasse. Dem Vorsitzenden des Arbeiterrates erklärte er, daß er sich schon lange genug mit ihm herumgeärgert habe. Wiederholt mußte der Direktor aber schon erklären (einmal in Gegenwart des Stadtschultheißen), daß es sich mit dem Vorsitzenden des Arbeiterrates in ruhiger und sachlicher Weise verhandeln lasse. Ueber getroffene Vereinbarungen mit dem Arbeiterrat setzt sich der Direktor einfach hinweg. So besteht eine Vereinbarung, daß Neueintretende erst nach einem halben Jahr im Afford beschäftigt werden dürfen (Druckerei). Dessen ungeachtet weist er den betreffenden Beamten an, Neueingetretene schon nach zwei bis drei Wochen im Afford zu beschäftigen. Aus diesem Grunde kam es auch vor, daß eine Arbeiterin mit 90 Mk. in vierzehn Tagen heimgehen mußte. Erst nach Vorstelligwerden des Arbeiterrates erhielt sie ihren Mindestlohn, jedoch mit dem Bemerkten, daß nächste Mal nur ihren tatsächlichen Verdienst zu erhalten. Herr Pf. erwähnte auch, daß er noch gern vier Wochen zur Erholung fortgeblieben wäre, um seine Nerven zu beruhigen. Daß seine Arbeiter ebenfalls Nerven haben, die der Ruhe bedürfen, sieht er aber nicht ein. Den uns vom Gauschiedsamt Bonn zugesprochenen Urlaub gewährt er uns nicht, da muß noch das Oberchiedsamt entscheiden.

Nach dem Bericht des Kassierers wurde demselben Entlastung erteilt. Unter „Verschiedenes“ kam auch der beabsichtigte Lohnabbau zur Sprache. Die Versammlung weist die Zumutung der Unternehmer, schon jetzt mit dem Lohnabbau zu beginnen, auf das entschiedenste zurück. In diesem Falle wollen die Unternehmer nach dem Bibelwort: „Und die Letzten werden die Ersten sein“, handeln, während sie mit dem Lohnabbau sehr gern hinten nachgeschinkt sind. Es ist geradezu ein Verbrechen, jetzt an einen Lohnabbau gehen zu wollen, wo doch die Löhne unserer Industrie noch verärgert sind, daß damit kaum das nackte Leben gerettet werden kann. Wir sind der Meinung, daß die Löhne noch bedeutend erhöht werden müssen, um den Verhältnissen angepaßt zu sein, und wir fordern den Hauptvorstand auf, diesbezügliche Schritte zu unternehmen und mit allem Nachdruck und allen Mitteln zu fördern. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Sophienau. Die am 17. August stattgefundene Versammlung der Zahlstelle Sophienau nahm Kenntnis von den Lohnverhandlungen vom 9. Juli in Leipzig. Sie protestiert ganz energisch gegen die Zumutung der Unternehmer, schon jetzt mit dem Abbau der Löhne zu beginnen. Die Mitglieder dieser Zahlstelle erklären, nicht eher einen Abbau der Löhne zuzulassen, bevor nicht eine merkliche, anhaltende Verbilligung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände eintritt. Die Zahlstelle fordert den Hauptvorstand auf, mit allen Mitteln gegen den Abbau der Löhne zu wirken, und bei den nächsten Verhandlungen für eine 20 prozentige Lohnerhöhung einzutreten. Die Arbeiterschaft appelliert auch einmal an die Vernunft der Unternehmer, etwas von dem Profit, den sie bisher erzielt haben, zur Steigerung der Armut des deutschen Volkes beizutragen. Die Arbeitslöhne sind nicht mit den Verkaufspreisen der Unternehmer in Einklang zu bringen. Darum fordert die hiesige Zahlstelle eine 20 prozentige Lohnerhöhung.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 22. Heft vom 2. Band des 38. Jahrgangs erschienen. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 13 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1 Mk. — Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 18. Nummer des 37. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 60 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieb Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Die „Freie Welt“, Verlag Berlin C. 2, Breitestr. 8-9. Preis pro Nummer 60 Pf.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

- Amberg.** Sonntag, 5. September, vormittags 10 Uhr, „Auf der Alm“.
Annaburg. Sonnabend, 11. September, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Thielemann), großer Saal.
Gräfenhain. Montag, den 6. September, abends 8 1/2 Uhr, im Schießhaus.
Magdeburg. Donnerstag, 9. September, abends 7 Uhr, im „Wintergarten“, Friedrichplatz. Vortrag.
Mannheim. Samstag, 11. September, abends 7 Uhr, in der „Reichstrone“, S. 7. 24.
Nehau. Dienstag, 7. September, abends 1 1/2 Uhr, im Schützenhaus.
Schlesingen. Montag, den 6. September, abends 5 Uhr, im Schießhaus.
Tiefenfurt. Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, in der Brauerei.
Weißwasser. Donnerstag, 2. September, bei Handrik.

Storbekannt.

Wahrenh. Franz Reib, Glaser, geboren am 10. Mai 1900, gestorben am 16. August an Magenleiden. Mitglied seit 1918.

Burgau. Franz Häbrich, Schmied, geboren am 29. September 1859 zu Reichenbach, S.-A., gestorben am 10. August an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Großbreitenbach. Arno Ludwig, Maler, geboren am 21. April 1887, gestorben am 14. August an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Kehla. Wilhelm Gran, geboren am 17. August 1894 zu Schwarza, gestorben am 19. August an Lungenleiden. Mitglied seit Anfang dieses Jahres.

Sell. Margarethe Achtziger, Dreherin, geboren am 27. Februar 1906, gestorben durch Ertrinken am 13. August. Mitglied seit 1918.

Siebold. Ernst Reib, geboren am 6. September 1894, gestorben am 1. August. Mitglied seit 1906.

Spannen. Anna Sijer, Stickerin, geboren am 12. Juli 1885 zu Spannen, gestorben am 21. August an Lungenleiden. Mitglied seit 1918.

Tilsch. Carl Hoffmann, Malerlehrling, geboren am 14. Dezember 1883, gestorben am 22. August an der Ruhr. Mitglied seit 1919.

Waldau. Friedrich Struppert, Formenträger, geboren am 1. Dezember 1854 in Goldschmidt, gestorben am 23. Juli. Mitglied seit 1912.

Wittenburg. Hermann Hitzig, Dreher, geboren am 15. April 1872 zu Altmasser, gestorben am 8. August an Lungen- und Magenleiden. Mitglied seit 1896.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Veränderungen.

Elsterwerda. Vorf.: Alfred Günther, Dr., Bismarckstr. 14.
Kass.: Rich. Ulrich, M., Viehla, Berlinerstr. 191.
Witten. Kass.: Hermann Warden, Drhr., Bergstr. 7.

Neuhaldensleben.

Am Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr, findet eine Versammlungsbeschl. unser diesjähriges Zahlstellenvergütungen in Herzogs Festsälen statt, bestehend aus Konzert mit nachfolgendem Ball.

Freunde unserer Sache sind hierzu herzlich eingeladen. Regener Besuch erwartet.
Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Kuvert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Für eine Thüringer Steingutfabrik wird für Tisch- und Küchengarnituren ein tüchtiger Schablonen- und Schnitzmeister gesucht, der gleichzeitig in der Malerei praktisch tätig sein kann.

Offerten mit Bedingungen unter G. P. an die Redaktion der „Ameise“.

Galanteriemaler, gelernter Porzellanmaler, firm in Landschaften, Blumen und Schrift, Mustertentwerfen, sucht Stellung in Blechwarenfabriken, Reiseandenkenartikeln usw. — Eintritt sofort. Angebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „A. S.“.

Größere Anzahl

geschliffener Glasbläser

gesucht, welche auf Quarzglas arbeiten wollen, bei einem derzeitigen Anfangslohn von 415 Mk. für Glasbläser über 25 Jahre, für jüngere 385 Mk. pro Woche. Bei guten Leistungen dauernde Anstellung. Nach Einarbeitung und nach Erreichung normaler Leistungen beträgt der Wochenlohn 450 Mk. Mit Rücksicht auf die zurzeit bestehenden Wohnungsschwierigkeiten in Griesheim a. M., wo unser Quarzglaswerk ihren Sitz hat, müssen unverheiratete Bewerber bevorzugt werden. Näheres zu erfahren durch Herrmann, Quarzglas-Ges. m. b. H., Hanau a. M.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Matrizenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Für alle Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau d. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sachen. Bestehtes Geschäft dieser Art.

Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Segeltuchschuhe mit Ledersohle und Zwickeln, billigster Fabrikarbeiter Schuh! Hausbuntstiefel — Turnschuhe — Leinwandschuhe, sehr schick in weiß, grau und schwarz, weiße Kinderschuhe kaufen Sie billig bei R. Klebe, Weißwasser, D.-L., Schuhversand.

— Verlangen Sie Preisliste. —

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler, auch nach Zeichnung oder Muster, liefert

Paul Materne, Schönwald, Oberfranken.

Sie staunen über mein Sonderangebot von reinen Qualitätszigarren weit unterm Kleinverkaufspreis zu 60, 65, 70, 75, 80, 86, 92, 97, 102, 108 120 Pf. Versand von 50 Stück an Nordh. Kantabak 10 R. ob. Rn. 17,50 Mk. portofrei.

(Kein Einzelverkauf.)

Universal-Versand, Bernsdorf, S.-A., 16.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Bergbauerei vorkommenden Abfälle kauft zu höchstem Tagespreis bei schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.

Exp. 1896
—
Extr. 1896

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Gold-, Platin-, Silber- und Aufträge

Händler, Zwickau i. S., Osterwischstr. 22

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22